

Wenig Platz für Behinderte in Schulen

Erstellt 29.11.10, 13:41h, aktualisiert 29.11.10, 13:52h

NRW hat großen Nachholbedarf beim gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung. Das geht aus einer am Montag veröffentlichten Studie des Bildungsforschers Klaus Klemm für die Bertelsmann Stiftung in Gütersloh hervor.



Landesschulministerin Löhrmann (Bild: dpa)

GÜTERSLOH - Demnach liegt das Land mit seinen Angeboten in der Grundschule und der Sekundarstufe I deutlich unter dem Bundesschnitt. Nur in den Kindertagesstätten (Kita) ist NRW besser.

Landesschulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) wertete die Ergebnisse als Beleg für dringenden Handlungsbedarf. Die Studie biete der rot-grünen Landesregierung aber Rückenwind, da sie ohnehin die Absicht habe, den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung voranzutreiben. "Unser Ziel ist es, die UN-Menschenrechtskonvention umzusetzen, und so für mehr gleichberechtigte Teilhabe zu sorgen", teilte die Ministerin mit.

Das breiteste Angebot für behinderte Kinder bieten bundes- und landesweit die Kitas. In NRW können immerhin 69 Prozent (Bund: 60 Prozent) der Kinder mit Förderbedarf gemeinsam mit anderen spielen. In der Grundschule sind es nur noch 26 Prozent (Bund: 34 Prozent).

In der weiterführenden Sekundarstufe I gehen in Nordrhein-Westfalen nur 8 Prozent der Schüler mit Förderbedarf (ohne Schwerpunkt Geistige Entwicklung) auf eine Regelschule. Das ist deutschlandweit der zweitniedrigste Wert. Im Bundesdurchschnitt sind es immerhin knapp 15 Prozent, in Schleswig-Holstein sogar mehr als 40 Prozent. Die Mehrheit besucht separate Förderschulen.

Bundesweit komme der Ausbau des gemeinsamen Unterrichts von Schülern mit und ohne Behinderung nur langsam voran, kritisiert die Studie. In internationalen Abkommen habe sich die Bundesrepublik verpflichtet, den sogenannten inklusiven Unterricht auszubauen. Dennoch sei die Situation nach wie vor unbefriedigend.

Der Untersuchung zufolge hatten in Nordrhein-Westfalen rund 116 000 Schüler im Jahr 2009 einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Das sind sechs Prozent aller Schüler und entspricht genau dem Bundesdurchschnitt. Hinzu kamen rund 16 400 Kinder in Kitas. Große Unterschiede gibt es in den einzelnen Bundesländern: Die Spannweite des anerkannten Förderbedarfs reicht von 4,5 Prozent in Rheinland-Pfalz bis zu 11,7 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern.

In NRW sollen behinderte Schüler künftig einen Rechtsanspruch auf gemeinsamen Unterricht mit nicht-behinderten Kindern erhalten. Darauf hatten sich SPD, CDU und Grüne in der vergangenen Woche im Schulausschuss des Landtags geeinigt. Die Landesregierung ist aufgefordert, die Voraussetzungen für den gemeinsamen Unterricht als Regelangebot schaffen.

Der Verein katholischer Lehrerinnen hält einen Rechtsanspruch für "pädagogisch unverantwortlich und vollkommen realitätsfremd". Je unterschiedlicher die Bedürfnisse der Schüler seien, desto kleiner müsse die Lerngruppe sein. "Ein "All inclusive" geht häufig zulasten der Qualität", mahnte der Berufsverband in Essen. Dagegen hatten sich viele Eltern in den vergangenen Jahren darüber beklagt, dass sie für ihre Kinder keine Plätze an Regelschulen finden und sie zwangsweise auf Förderschulen schicken müssen. (dpa)